Erste Änderungssatzung vom 16.12.2020 der Abwassersatzung der Stadt Hamm vom 13.12.2018

Der Rat der Stadt Hamm hat in seiner Sitzung am 15.12.2020 folgende Satzung beschlossen.

Sie beruht auf nachstehenden Vorschriften:

- §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO),
- §§ 54 bis 61 und 101 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG),
- §§ 1 und 9 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer
- (Abwasserabgabengesetz - AbwAG),
- §§ 44, 46, 48, 49, 53, 58, 59, 64, 65 und 98 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG),
- § 66 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW),
- §§ 2, 4, 5, 6, 7 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG)
- jeweils in der gegenwärtig geltenden Fassung -

§ 1

Die Abwassersatzung der Stadt Hamm vom 11.12.2018 wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Fremdwasser: Fremdwasser ist das in die öffentliche Abwasseranlage zufließende Wasser, z.B. Drainagewasser oder Grundwasser mit Ausnahme von Abwasser.“

§ 2 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„Gerinne: Gerinne sind Gräben, Rinnen, Mulden, Rigolen und sonstige oberirdische Versickerungs- und Fortleitungseinrichtungen.“

§ 2 Abs.12 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Dazu gehören insbesondere Einläufe, Leitungen, Grundleitungen einschließlich deren Reihungsschächte und -öffnungen, Hebeanlagen, Rückstausicherungen, Vorbehandlungsanlagen, Abscheider, Messschächte und Kontrollvorrichtungen, Prüfschächte, Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben, Versickerungseinrichtungen und oberirdische Gerinne.“

§ 2 Abs.13 Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„Als Anschluss kann auch die oberirdische Verbindung der Abwasseranlage mit der Grundstücksentwässerungsanlage über Gerinne dienen. Der Anschluss (Privateigentum des betreffenden Grundstückseigentümers) ist nicht Bestandteil der Abwasseranlage.“

§ 2 Abs.18 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Gebührenpflichtiger: Gebührenpflichtiger ist der Eigentümer des Grundstücks, auf dem Abwasser anfällt oder von dessen Grundstück gezielt Fremdwasser abgepumpt und in die Abwasseranlage eingeleitet wird.“

§ 8 Abs.3 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„Die Stadt kann eine oberirdische Ableitung und Zuleitung des Niederschlagswassers zur Abwasseranlage über Gerinne verlangen. Eine Ableitung auf öffentliche Verkehrsflächen ohne eine entsprechende Genehmigung oder ohne eine von der Stadt vorgeschriebene oberirdische Ableitung ist unzulässig.“

§ 10 Abs. 3 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Hinsichtlich der Bedingungen für die Zulassung von Sachkundigen gelten die Vorgaben der Selbstüberwachungsverordnung des Landes (SüwVO Abw NRW) in der jeweils gültigen Fassung.“

§ 14 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Herstellung, Veränderung, Erneuerung, Unterhaltung und Beseitigung des Anschlusses ist vom Grundstückseigentümer auszuführen.“

§ 14 Abs. 4 Sätze 2 - 6 erhalten folgende Fassung:

„Zudem kann sie bestimmen, ob der Anschluss des Niederschlagswassers an die Abwasseranlage unterirdisch oder oberirdisch über Gerinne erfolgt. Der Prüfschacht ist in der Regel auf dem Grundstück anzulegen. In Ausnahmefällen kann zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte auf Antrag davon abgewichen werden. Zwischen Prüfschacht und Abwasseranlage darf keine Einleitung erfolgen. Werden unbebaute Grundstücke i.S.d. § 7 Abs. 2 angeschlossen, so ist der gesamte Anschluss einschließlich des Prüfschachtes anzulegen.“

§ 14 Abs. 6 Sätze 3 - 5 erhalten folgende Fassung:

„Die Reinigung, Überwachung des baulichen Zustands und der Funktion nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik eines oberirdischen Anschlusses für Niederschlagswasser über Gerinne obliegt ebenfalls dem Grundstückseigentümer. Stellt der Grundstückseigentümer Schäden am Anschluss fest, die eine Unterhaltung oder Erneuerung erforderlich machen, hat er die Arbeiten in angemessener Frist auf eigene Kosten durch einen zugelassenen Unternehmer gemäß Absatz 2 oder von einem Sachkundigen ausführen zu lassen. Für den Nachweis eines ordnungsgemäßen Zustandes des Anschlusses trägt der Grundstückseigentümer auf eigene Kosten die Beweislast.“

§ 19 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ferner erhebt die Stadt für die von ihr zu entrichtenden Abwasserabgaben Abwassergebühren nach § 2 AbwAG NRW.“

§ 19 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Die Gebühren nach Absatz 1 sind zu berechnen:

1. für das anfallende häusliche und gewerbliche Schmutzwasser nach der Frischwassermenge (Frischwassermäßstab),
2. für das anfallende Niederschlagswasser nach der Größe der bebauten und sonst befestigten Fläche (Niederschlagswassermäßstab),
3. für das anfallende abgepumpte Fremdwasser (Drainage- oder Grundwasser), das gezielt in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird, wird die mitgeteilte oder geschätzte m³-Menge für die Gebührenermittlung in m² umgerechnet und dann nach dem Niederschlagswassermäßstab i.S.d. § 19 Abs. 2 Nr. 2 abgerechnet. Der Divisor für die Umrechnung beträgt, aufgrund der durchschnittlich ermittelten Jahresniederschlagsmenge in Hamm, 772 mm.

§ 19 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Gebührenpflichtig ist auch die gezielte Einleitung von abgepumptem Fremdwasser (Drainage- oder Grundwasser), welches in die Abwasseranlage gelangt.“

§ 20 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die dem Grundstück aus eigenen Anlagen zugeführten und die als Abzug nach Absatz 1 geltend gemachten Wassermengen sind glaubhaft zu machen.

Dazu ist der Einbau von geeichten oder durch staatlich anerkannte Prüfstellen beglaubigten Messeinrichtungen (Zwischenwasserzähler, Abwasser-Messeinrichtung) auf Kosten des oder der Gebührenpflichtigen erforderlich. Messergebnisse nach Ablauf der Gültigkeit der Eichung oder Beglaubigung gemäß Bundeseichordnung werden nicht anerkannt.

Der Einbau der Messeinrichtungen ist fachgerecht vorzunehmen und wird nach Antragstellung des oder der Gebührenpflichtigen von der Stadt Hamm (Amt für Finanzen und Controlling) geprüft, abgenommen und registriert. Die Ablesung der Zwischenwasserzähler hat jährlich zum Jahresende zu erfolgen. Die Messergebnisse müssen bis spätestens zum 31.03. des Folgejahres schriftlich bei der Stadt Hamm, Amt für Finanzen und Controlling, eingegangen sein. Die Zusendung per E-Mail ist zulässig. Messergebnisse, die nach dem 31.03. eingehen, werden nicht anerkannt. Auf Verlangen ist ein

entsprechender Nachweis zu führen. Dieser kann in Form eines Lichtbildes, auch in digitaler Form, erfolgen. Zählerstände werden nur als volle Kubikmeter berücksichtigt, angefangene Kubikmeter werden abgerundet. Für den zusätzlichen Aufwand der Stadt Hamm wird für die Abnahme von Zwischenwasserzählern je Zwischenwasserzähler eine Verwaltungsgebühr nach dem jeweils gültigen Gebührentarif der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Hamm erhoben.

Außerdem wird für die Bearbeitung von Zählerstandsmeldungen, Absetzungsanträgen, Verbrauchsabrechnungen, Datenerfassung für Bescheidstellung, Überwachung der Eichzeiten, je Zwischenwasserzähler eine Verwaltungsgebühr nach dem jeweils gültigen Gebührentarif der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Hamm erhoben. Die Verwaltungsgebühren können gleichzeitig mit einem eventuellen Erstattungsbetrag erhoben und auch verrechnet werden.

§ 21 erhält folgende Fassung:

„§ 21 Gebühr für Grund- und Drainagewassereinleitung
Bei der gezielten Einleitung von Fremdwasser in das öffentliche Kanalsystem (z.B. im Rahmen der Umsetzung von Bauvorhaben) hat der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen geeichten Wasserzähler zu führen. Vor Inbetriebnahme dieses Wasserzählers hat sich der Gebührenpflichtige über dessen ordnungsgemäßen Zustand zu informieren. Die Folgen, die sich aus einem defekten oder nicht geeichten Wasserzähler ergeben, gehen zu Lasten des Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau eines Wasserzählers nicht möglich, nicht zumutbar oder ist der Wasserzähler defekt oder nicht geeicht, so ist die Stadt berechtigt, die dem Kanalsystem zugeführten Wassermengen zu schätzen bzw. die Einleitmenge auf der Quadratmeter-Basis der betroffenen Grundstücksflächen zu ermitteln. Die Schätzung erfolgt auf der Grundlage, der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpenleistung in Verbindung mit den angefallenen Betriebsstunden. Sofern keine oder keine plausiblen Daten durch den Gebührenpflichtigen vorgelegt werden, ist die Stadt berechtigt die notwendigen Informationen durch gutachterliche Stellungnahme auf Kosten des Gebührenpflichtigen einzuholen.“

Der bisherige § 21 wird zu § 22 und erhält folgende Fassung:

„§ 22 Gebührenmaßstab Niederschlagswasser

(1) Als Flächen nach § 19 Abs. 2 Nr. 2 gelten alle bebauten und sonst befestigten Flächen, von denen Niederschlagswasser der Abwasseranlage direkt oder indirekt zufließen kann. Zur indirekten Ableitung gehört auch die gezielte, oberirdische Ableitung des Niederschlagswassers mittels Gerinne.
(2) In folgenden Fällen werden die zu berücksichtigenden Flächen mit einem reduzierten Ansatz angesetzt:

1. Bebaute Flächen (Dachflächen), die zum Zwecke der Begrünung mit einem mindestens 10 cm starken wasserspeichernden Substrat versehen sind, werden mit 50 % angesetzt; Kiesfilterschichten, Dränplatten und -schüttungen, Wurzelschutzfolien, Vliese u. ä. gelten nicht als wasserspeicherfähig.
2. Flächen, von denen das anfallende Niederschlagswasser nur teilweise versickert und teilweise in die Abwasseranlage eingeleitet wird (§ 10 Abs. 2), werden
 - a) mit 50% angesetzt, wenn der Versickerungsnachweis für einen Berechnungsregen mit einer Wiederkehrzeit von einmal in 5 Jahren oder seltener entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik geführt wird.
 - b) mit 75% angesetzt, wenn der Versickerungsnachweis für einen Berechnungsregen mit einer Wiederkehrzeit von einmal in einem Jahr bis zu einer Wiederkehrzeit von weniger als einmal in 5 Jahren entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik geführt wird.
3. Befestigte Flächen, die einen Abflussbeiwert von bis zu 0,5 haben, also insbesondere die mit Rasengittersteinen, Ökopflaster oder Rasengittersteinen befestigt sind, werden mit 50% angesetzt. Der Versickerungsnachweis kann durch entsprechende Herstellernachweise und Lichtbilder geführt werden.
(3) Wird das auf bebauten oder befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser eines Grundstücks über eine Brauchwasseranlage der Abwasseranlage zugeführt, so werden die Benutzungsgebühren nach dem Niederschlagswassermäßstab erhoben. Vorbehaltlich des Satzes 3 werden die Flächen, von denen Niederschlagswasser in die Brauchwasseranlage geleitet wird, mit 100% angesetzt, auch wenn das in der Brauchwasseranlage gesammelte Niederschlagswasser nicht im vollen Umfang der Abwasseranlage zugeführt wird. Sind die Flächen nach Satz 1 größer als 300 m², so werden diese Flächen insgesamt mit 125% angesetzt.
(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 sind die entsprechenden Nachweise mit einem Antrag auf Minderung bzw. Änderung der Abwassergebühr der Stadt vorzulegen.
(5) Die Summe der sich aus den Absätzen 1 bis 3 ergebenden bebauten und sonst befestigten Flächen eines Grundstücks wird auf volle Quadratmeter abgerundet.“

Der bisherige § 22 wird zu § 23 und Abs. 1 Satz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, der dem Anschluss des Grundstücks an die Abwasseranlage folgt. Gleiches gilt, wenn auf dem Grundstück anfallendes Abwasser der Abwasseranlage auf andere Weise direkt oder indirekt zugeführt wird. Die Gebührenpflicht erlischt mit dem Ende des Monats, in dem der Grundstücksanschluss verschlossen oder beseitigt wird oder die sonstige direkte oder indirekte Zuführung von Abwasser endet.“

Der bisherige § 23 wird zu § 24

Der bisherige § 24 wird zu § 25

Der bisherige § 25 wird zu § 26

Der bisherige § 26 wird zu § 27

Der bisherige § 27 wird zu § 28

Der bisherige § 28 wird zu § 29

Der bisherige § 29 wird zu § 30

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Die vom Rat der Stadt Hamm in seiner Sitzung am 15.12.2020 beschlossene erste Änderungssatzung der Abwassersatzung der Stadt Hamm vom 13.12.2018 vom 16.12.2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung gegen diese Satzung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Hamm vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift oder die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Hamm, 16.12.2020

Der Oberbürgermeister, gez. Herter

Veröffentlicht: Westfälischer Anzeiger, Ausgabe Nr. 299 vom 23.12.2020